

Eine Analyse zur NPD-Programmatik, Parallelen zur NSDAP & Deutungen aktueller NPD-Taktiken

Die rechtsextreme NPD ist mit 9,2 Prozent der Wählerstimmen zur sächsischen Landtagswahl 2004 mit 12 rechtsextremen Vertretern im sächsischen Landtag vertreten. Damit zog die NPD erstmals seit 36 Jahren wieder in einen deutschen Landtag ein.

Am 13. Februar 2005 veranstaltete die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) unter Schirmherrschaft des NPD-Fraktionsvorsitzenden im sächsischen Landtag, anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Dresdens, die größte rechtsextreme Kundgebung seit 1945 in der Bundesrepublik Deutschland.

Immer mehr Menschen glauben, die NPD sei eine Partei im demokratischen Parteienspektrum und Angehörige rechtsextremer Kameradschaften seine nur nette Jungs von nebenan.

Dies ist für die Mobilen Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V. Anlass, die Programmatik der NPD zu betrachten und zu verdeutlichen: Die NPD ist keine demokratische Partei. Sprache und Programmatik der NPD ähneln der NSDAP. Die NPD leugnet die deutsche Kriegsschuld, die deutschen Kriegsverbrechen und die Völkermorde der Nazis und arbeitet eng mit rechtsextremen Vorfeldorganisationen zusammen.

Das folgende Papier soll helfen, Argumentationen gegenüber Parolen der NPD zu stärken. Es ist als Diskussionsgrundlage für Diskussionen gedacht und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir halten es für wichtig, Kindern und Heranwachsenden eine andere Werteorientierung vorzuleben und eine von menschenrechtsorientierten Werten getragene, attraktivere Jugendarbeit (als die durch NPD und rechtsextreme Kameradschaften) anzubieten. Wichtig ist es, bei Sprüchen, die menschenverachtend sind und z.B. die NS-Zeit glorifizieren, Position zu beziehen. Bleiben Sprüche wie „Die NS-Zeit hat auch etwas Gutes gehabt“ unkommentiert stehen, so kann dieses als (nicht gewollte) Zustimmung gedeutet werden.

A.) Die programmatischen Parallelen zwischen NSDAP und NPD Ein Vergleich der Wahlprogramme (1920 und 1999)

1. Thema: Großdeutschland/Revanchismus & Geschichtsfälschung

Wir fordern den Zusammenschluss aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Groß-Deutschland. (§1 Parteiprogramm der NSDAP von 1920)

„Die Wiederherstellung Deutschlands ist mit der Vereinigung der Besatzungskonstruktionen BRD und DDR nicht erreicht. Deutschland ist größer als die Bundesrepublik! (...) „Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzerkennungsverträge.“ (Parteiprogramm der NPD „Neue Lösungen finden“)

„Wir gehören keinem deutschen Widerstand an bzw. dem deutschen Nationalismus, der in seiner ganzen Geschichte nie aggressiv war. (...) uns sind zwei Kriege aufgezungen worden, das muss auch einmal gesagt werden. Andererseits wollen wir unser Land, das Land unserer Väter, verteidigen und wenn es sein muss auch wieder zurückerobern. Unser Land geht von den blauen Bergen der Vogesen bis zu der Mühle von Tauroggen, von der Königsau in Nordschleswig, bis nach Brixen in Südti-

rol – und keinen Quadratmeter weniger.“ (Rede von Klaus Menzel, NPD-Landtagsabgeordneter, auf einer rechtsextremen Kundgebung, Nov. 2004)

„Wir wehren uns gegen die moralische Selbstvernichtung unserer Nation durch die einseitige Schuldzuweisung zu Lasten Deutschlands, die Aufwertung des Landesverrats und die Verherrlichung alliierter Kriegsverbrecher. (...) Wir fordern deshalb zum Schutz der Ehre des deutschen Volkes: Die Ächtung der Geschichtsklitterung zum Nachteil Deutschlands. Ein Ende der einseitigen Vergangenheitsbewältigung. Wir Deutschen sind kein Volk von Verbrechern.“ (Parteiprogramm der NPD „Neue Lösungen finden“)

Anmerkungen: In dieser Passage werden die revisionistischen und revanchistischen Ziele der NPD erkennbar.

Nachdem Polen und Tschechien gerade der Europäischen Union beigetreten sind, will die NPD ihnen Teile ihres Staatsgebietes streitig machen.

Moral der Nation nach NPD-Muster heißt: Deutsche sind niemals und an nichts schuld, egal, ob zwei Kriege angefangen, Kriegsverbrechen begangen, ausländische Städte zerbombt und Rassenwahn zur Staatsdoktrin erklärt und Zivilbevölkerung drangsaliert wurden.

Natürlich hat die heutige Generation keine Schuld an der systematischen Massenvernichtung von Juden, Sinti & Roma u.v.A. Es gibt kein Volk von Verbrechern und kein Reich des Bösen. Aber 1933 wurden in Deutschland Verbrecher gewählt, ihnen wurde 12 Jahre lang zugejubelt, Deutsche begannen zwei Weltkriege und ermordeten vor allem im 2. Weltkrieg massenhaft Menschen. Weil sich das nicht wiederholen soll, müssen wir uns kritisch und verantwortungsvoll mit unserer deutschen Geschichte beschäftigen und die Erinnerung wach halten.

Zudem: Nicht wir als Demokraten betreiben Geschichtsklitterung, sondern die NPD betreibt dieses, indem sie heroisiert, verniedlicht, umdeutet, mit falschen Behauptungen aufwartet.

2. Thema: Rassismus/völkische Ideologie

Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein. (§4 Parteiprogramm der NSDAP von 1920)

Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, dass alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden. (...) (§8 Parteiprogramm der NSDAP)

„Wir sind eine Partei aus dem Volk für das Volk! Und wenn wir von unserem Volk sprechen, dann reden wir nicht von der Wohnbevölkerung der BRD, sondern vom Deutschen Volk. (...)“

Wir sind Deutsche und stolz darauf. Wir lehnen eine multikulturelle Gesellschaft ab. Wir wollen ein Deutschland der Deutschen.“ (Udo Voigt, Bundesparteitag der NPD, Oktober 2004)

Anmerkung: Diese Aussagen erinnern an die NS-Zeit. Die NPD definiert - wie die NSDAP - ein Kollektiv von Volks- und Blutsdeutschen. Dies widerspricht der geltenden Gesetzeslage: Mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht ist eine Abkehr von der



Blut- und Abstammungsdefinition des Deutschen vollzogen. Diese Auffassung der Staatsbürgerschaft teilen wir mit den meisten europäischen Staaten.

Das deutsche Volk, so wird nahe gelegt, sei gefährdet, bedürfe eines besonderen Schutzes. Das widerspricht den Menschenrechten: Menschenrechte sind unteilbar. Jeder Mensch hat in einem demokratischen humanistischen Staat Recht auf Schutz vor körperlicher Unversehrtheit, Armut und Diskriminierung. Völker müssen nicht geschützt werden wie bedrohte Tierarten.

Im Wahlprogramm wird später auch ausgeführt, wodurch das deutsche Volk gefährdet sei, durch die "Millionen von Ausländern", die nach Deutschland kämen. Zweierlei: Zum einen wird das Deutschsein aufgrund von Blutszugehörigkeit höher definiert und gestellt als jemand, der anderer Nationalität ist. Dabei sind die Menschen - wenn man eine demokratisches Menschenbild vertritt – gleichwertig! Da gibt es kein höher, besser oder mehr Wert. Zum anderen stimmen die Zahlen überhaupt nicht. Im Jahr 2003 sind weniger als 230.000 Menschen nach Deutschland gekommen, überwiegend nach Westdeutschland. Die Ausländerquote in Sachsen beträgt nicht einmal 2 Prozent, sondern bewegt sich zwischen 1,5 und 1,8 Prozent!

3. Thema: Presse- und Meinungsfreiheit

Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewusste politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:

- a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen;
- b) ...den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrechtung, die einen zersetzenden Einfluss auf unser Volksleben ausübt, ... **(Parteiprogramm der NSDAP von 1920)**

*„Wir fordern die Einstellung des kommerziellen Rundfunks, die Beschränkung des Fernsehens auf zwei nationale Programme (für deutsche Volkskultur und deutsche Hochkultur samt Wissenschaftspflege) und auf je ein Regionalprogramm für alle deutschen Stammeskulturen, Säuberung der deutschen Sprache und der öffentlichen Schrift von Amerikanismen und anderen Verfremdungen.“ **(Deutsches Kolleg, Ausrufung des Aufstandes der Anständigen, 15.10.2000)***

Anmerkung: Auch wenn sich die NPD heute immer gerne auf ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, Rede- und Versammlungsfreiheit beruft, will sie diese eine Demokratie auszeichnenden Werte doch beseitigen. Auf ein Programm, welches „deutsche Stammeskultur“ ausstrahlt, können wir getrost verzichten. Weltoffenheit und Zukunftsorientierte Bildung sehen anders aus.

4. Thema: (Volks-)Gemeinschaft geht vor individueller Freiheit

(...) Grundlage für die Genesung unseres Volkes: Gemeinnutz vor Eigennutz. (§24 **Parteiprogramm der NSDAP von 1920)**

*„Nationaldemokraten lehnen jede Gemeinschaft gefährdende `Selbstverwirklichung´ und die mit ihr einhergehende schrankenlosen Egoismus ab.“ **(Parteiprogramm der NPD „Neue Lösungen finden“)***

Anmerkung: Individuelle bürgerliche Freiheitsrechte sind der NPD und ihren Bündnisgenossen ein Dorn im Auge. Sie wollen keinen interkulturellen Dialog, keine Meinungsvielfalt und individuelle Lebensentwürfe. Solch eine Gesellschaft wäre grau und fade.

5. Thema: Abschaffung der Demokratie/Führerdenken

Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlamentes (...). Die Führer der Partei versprechen, ... rücksichtslos (für die Durchführung der vorstehenden Punkte einzutreten. (§25 Parteiprogramm der NSDAP)

„Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.“ (Udo Voigt in Junge Freiheit Nr. 40/2004, 24.9.04)

Anmerkung: Deutlicher kann man die Demokratiefeindlichkeit nicht äußern. Perfide ist, dass sich hier die NPD der friedlichen Revolution des Oktober 1989 bedient und dabei die Werte, für die viele Menschen in der damaligen DDR auf die Straßen gingen: Freiheit für Reise, Rede, Versammlung, Religion, ... individuelle Entfaltung; Menschenrechte, etc. mit Füßen treten.

B.) Deutungen aktueller NPD-Taktiken

Volk, Heimat und Identität (in der Interpretation der NPD)

„Die NPD ist die einzige konsequente Kraft gegen Globalismus und für volks- und raumnahe Wirtschaft! Sie ist die Partei, die sich bewusst für das Existenzrecht der Völker einsetzt und gegen die Zerstörung der Volksidentitäten kämpft, die sowohl Ab- wie auch Zuwanderung großer Teile der Arbeitnehmerschaft automatisch mit sich bringen. Haben Sie Mut zur Veränderung, damit es wieder besser wird.! (Programm des NPD-Landesverbandes Sachsen; http://sachsen.npd.de/npd_sa_info/programm/2004/landesprogramm.html)

Anmerkung: Dieses heißt nichts anderes, als dass jedes Volk im eigenen Land bleiben soll. Udo Voigt drückt dieses in seiner Rede auf dem Bundesparteitag der NPD am 30. Oktober 2004 wie folgt aus:

„Wir sind eine Partei aus dem Volk, für das Volk! Und wenn wir von unserem Volk sprechen, dann reden wir nicht von der Wohnbevölkerung der BRD, sondern vom Deutschen Volk. Diesem fühlen wir uns verpflichtet und wir sagen und fordern das, was sich viele, durch das System eingeschüchterte deutsche Menschen, nicht mehr zu sagen trauen:

Wir sind Deutsche und stolz darauf. Wir lehnen eine multikulturelle Gesellschaft ab. Wir wollen ein Deutschland der Deutschen.“

Ausländerfeindlichkeit:

„Deutschland ist ebenso wenig Einwanderungsland wie der Freistaat Sachsen. Aufgrund der inländerfeindlichen 'Integrationspolitik' entsteht eine kaum noch kontrollierbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, hervorgerufen durch zunehmende soziale, kulturelle und religiöse Spannungen. Die ausufernde Ausländerkriminalität wird weitgehend verschwiegen. Die NPD fordert: Straffällig gewordene Zuwanderer sind unverzüglich in ihre Herkunftsländer abzuschicken.“ (Programm des NPD-Landesverbandes Sachsen http://sachsen.npd.de/npd_sa_info/programm/2004/landesprogramm.html)



Zur Wahl eines/einer neuen Ausländerbeauftragten im Dezember 2004 stellte die NPD einen eigenen Kandidaten (Mirko Schmidt/Meißen) auf. Die NPD-Fraktion erklärt dazu:

„Die NPD-Fraktion lehnt das Amt in seiner jetzigen Form ab. Wir werden in den nächsten Monaten eine Gesetzesinitiative in den Landtag einbringen, die das Amt des Ausländerbeauftragten abschaffen soll. Für einen Gesetzesantrag ist jedoch eine gewisse Vorbereitungszeit notwendig. Die NPD hat daher beschlossen, zunächst einen eigenen Kandidaten für das Amt des Ausländerbeauftragten aufzustellen. Der Ausländerbeauftragte soll nach unserer Auffassung die Ausländer durch eine zielgerichtete Beratung zu einer baldigen Heimkehr bewegen und ihnen dabei Hilfestellungen geben.“ (Presseerklärung der NPD vom 6.12.2004 „Für eine Heimkehr in Würde“)

Integrieren der neo-nationalsozialistischen Kameradschaftsszene (Freie Kameradschaften) in die NPD:

Im September 2004 traten führende Vertreter militanter freier Kameradschaften der NPD bei: Thomas Wulff (Hamburg), Ralph Tegethoff (NRW), Thorsten Heise (Thüringen). Udo Voigt beschreibt dieses als „einen weiteren Meilenstein auf dem Weg zu einer nationalen Volksfront.“ (aus: Ansprache des Parteivorsitzenden auf dem NPD-Bundesparteitag 2004 30./31. Oktober in Leinefelde.) Im Interview mit der Zeitschrift der Neuen Rechten, „Junge Freiheit“, sagt Voigt: „Natürlich ist der Nationalsozialismus als Strömung in Deutschland auch heute vorhanden. Für die NPD ist er nicht maßgebend, aber wir versuchen, neben Nationalliberalen und Nationalkonservativen eben auch nationalsozialistische Strömung zu integrieren, da eine Abgrenzung nur dem politischen Gegner hilft.“

Junge Welt: „Herr Voigt, wie bewerten Sie die Person Adolf Hitlers? Voigt: „Zweifelloso handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann. Ich verkenne aber nicht, dass er letztlich die Verantwortung für die Niederlage Deutschlands trägt.“ (Quelle: Junge Freiheit Nr. 40/2004, 24.09.04)

Die Doppelstrategie der NPD: Öffnung ins militanten neo-nationalsozialistische Spektrum bei gleichzeitigem Schulterschluss mit den beiden rechtsextremen Parteien DVU und REP. NPD und DVU haben sich auf eine gemeinsame Liste für die Bundestagswahl 2006 geeinigt. Dieses ist jedoch juristisch nicht haltbar, wie der juristische Dienst des Deutschen Bundestages urteilte. Die Absprachen zwischen den drei rechtsextremen Parteien bewerten Voigt und Schönhuber (REP), dass „der Bruderkampf eingestellt und endlich gegen den wirklichen politischen Gegner gefochten werden müsse.“ (Kreuther Signal: Franz Schönhuber medien- und europapolitischer Berater der NPD, Presseerklärung der NPD vom 3.1.2005)

Kämpferisch erklärt Voigt in der Januar-Ausgabe der Deutschen Stimme: „Nach den Erfolgen in Mitteldeutschland wird ein NPD-Wahlerfolg in Kiel ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zum Einzug in den Reichstag sein!“ („Marsch auf Berlin führt über Kiel. 2005 – Jahr des politischen Wechsels, Deutsche Stimme Januar 2005.)

Antisemitismus/Verunglimpfung der Opfer des Holocaust:

„Für uns ist das kein Holocaust-Gedenkmal, sondern wir bedanken uns dafür, dass man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei geschaffen hat.“ (Udo Voigt in einer Rede im April 2004 in Senden; Bayern; Aufnahme gesendet am 4.10.2004 in „Report Mainz.“)

Auf der zur NPD- Sächsischen Schweiz zu zählenden Homepage www.heimatschutz.net. Wird die Bombardierung Dresdens als Holocaust dargestellt:



Brennende Schutthaufen sind überschrieben mit „Dresden 1945. Geplanter und mit einzigartiger technischer Perfektion durchgeführter Massenmord.“

Populismus:

Um sich Volkstreu zu geben, verspricht die sächsische NPD in ihrem Landesprogramm vor der Landtagswahl: „Die bisherige Diätenregelung für Politiker ist abzuschaffen. Das Einkommen der Abgeordneten muss in Abhängigkeit vom durchschnittlichen Volkseinkommen stehen. Damit wird das Leistungsprinzip in den Parlamenten eingeführt: Geht es dem Volk finanziell gut, wird auch der Parlamentarier dafür belohnt, für schlechte Politik sinken auch die Diäten.“ (Programm des NPD-Landesverbandes Sachsen) Zwei Monate nach der Landtagswahl ermittelt die NPD ausgehend von einem Volkseinkommen willkürlich, wie Landtagsabgeordneter Leichsenring selbst zugibt, einen Faktor mit dem dieses Volkseinkommen multipliziert die bisherige Höhe der Diäten bestätigt und damit unverändert bleibt.

Umdeutung von Geschichte:

Am 13. Februar jährt sich der 60. Jahrestag des Bombenabwurfs auf Dresden: Die rechtsextreme NPD spricht in einem Antrag von „anglo-amerikanischen Terrorangriffen“ und unterstützt die bundesweite rechtsextreme Mobilisierung nach Dresden. Erinnerung und Geschichte sollen im Sinne der rechtsextremen Ideologie umgedeutet werden. Die mit der NPD eng kooperierende JLO zeigt im Aufruf zum Trauermarsch Bilder vom brennenden Dresden. Eines ist betitelt mit „Holocaust“ 1945, eines mit „Dresden 1945. Geplanter und mit einzigartiger technischer Perfektion durchgeführter Massenmord.“ (<http://www.heimatschutz.net/elbsandstein/>)

Soziale Maskerade

Sich volkstreu und sozial zu geben, gehört ebenfalls zur Strategie der NPD und ihrer befreundeten rechtsextremen Organisationen. So blockierte im Dezember 2004 ein „Aktionsbündnis Soziales Deutschland“ die Grenzen in Zittau und Görlitz, um angeblich gegen Hartz IV und die Agenda 2010 zu demonstrieren. Hinter diesem Bündnis steht die NPD und rechtsextreme Organisationen. So hieß es u.a. „Natürlich stehen wir nicht nur gegen Hartz IV auf der Straße, sondern für die Zukunft unserer Heimat – dies und jenseits der Zittauer Grenze!“ (www.heimatschutz.org, Nachrichten vom Julmond 2004, Territorial Sachsen: Sozialer Aktionismus in Zittau 7.12.2004)

NPD-Fraktion fordert Umverteilung von Haushaltsmitteln

Im diesem Monat (Januar 2005) wurde im Landtag ein „Programm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit - gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt“ verabschiedet. Die NPD-Fraktion forderte in einem dringlichen Antrag eine Umverteilung dieser Mittel für die Opfer der Flutkatastrophe in Südastien.

Sie schreibt dazu:

"Da in Sachsen aufgrund eigener leidvoller Erfahrung das Verständnis für Hilfeleistungen besonders ausgeprägt ist, sind wir überzeugt, daß unser Vorschlag in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stoßen wird.

Wir Nationaldemokraten sind im Gegensatz zu den Altparteien für internationale Solidarität in Katastrophenfällen und gegen die nationale Entsolidarisierung durch politische Ausgrenzung."

(Presseerklärung der NPD-Landtagsfraktion, Dresden, 5.1. 2005; http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_presse/2005/flutopferhilfe_statt_volksver.html)

Aktionsformen und Strategien

Mischung aus Parteiveranstaltung und Feiern

Seit der Landtagswahl 2004 nutzt die Jugendorganisation der NPD (JN) die Wodan-Diskotheek in Mücka (Landkreis NOL) für eine Veranstaltungsserie „Singen und Tanzen für Deutschland“. Es handelt sich um eine bewusste Mischung aus Reden/Ideologien setzen und Feiern, d.h. rechtsextreme Musikangebote für die rechtsextreme Szene. Zudem verdient der am Eingang sitzende Veranstalter Sascha Wagner eine Menge Geld damit. Am 27.11. spielten „Lunikoff“, Oidoxie und Gegenschlag vor ca. 800-900 Gästen. Lunikoff ist Michael Regener, der wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilte Sänger von Landser. Kurz vor Weihnachten kam die CD „Die Lunikoff Verschwörung. Höllische Saat. Live in Mücka“ auf den Musikmarkt. Die aggressive Grundstimmung, die Gewaltakzeptanz als ein Kriterium von Rechtsextremismus wird ganz deutlich: „rumzudiskutieren war noch nie unser Ding.“